



Drucksachen der Bezirksverordnetenversammlung Neukölln von Berlin XXI. Wahlperiode

Ursprung: Große Anfrage 1
Ursprungsinitiator: SPD, Gebhardt, Gabriela

Drs. Nr.: 0192/XXI
TOP Nr.:

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Sitzung	Beratungsstand
23.03.2022	BVV	BVV/006/XXI	beantwortet

Große Anfrage 1

Koordination von Hilfsmaßnahmen für Geflüchtete

Ich frage das Bezirksamt:

1. Wie bereitet sich das Bezirksamt intern auf die Ankunft der schutzsuchenden Menschen aus der Ukraine vor, insbesondere hinsichtlich der Beratung auf mehreren Sprachen?
2. Wie schätzt das Bezirksamt die Akquise von Unterkunftsplätzen ein?
3. Wie schätzt das Bezirksamt die gesundheitliche Verfassung der Geflüchteten ein und mit welchen Maßnahmen kann es den Herausforderungen begegnen?
4. Wie stellt sich die Einbindung von Ehrenamtlichen dar?

Berlin-Neukölln, den 15.03.2022

SPD, Frau Gebhardt, Gabriela

(Antragsteller, Fragesteller bzw. Berichterstatter)

Abstimmungsverhalten:

JA
NEIN
ENTH.

SPD

Grüne

CDU

LINKE

AfD

FDP

Ergebnis:

Einstimmig

beschlossen mit Änderung

Kenntnis genommen

abgelehnt

gewählt

zurückgezogen

vertagt

gegenstandslos

überwiesen in den Ausschuss für _____ (federführend)

zusätzlich in den Ausschuss für _____

und in den Ausschuss für _____

beantwortet schriftlich

GB I/BzBm GB II/BiKuSport GB III/Ord GB IV/StadtUmVer GB V/Soz GB VI/JugGes

Bezirksverordnetenvorsteher o.V.i.A.

Sitzung am :23.03.2022

Lfd. Nr. :13.1

Drs. Nr. :0192/XXI

nachrichtlich den Fraktionen der
SPD, Grünen, CDU, LINKEN, AfD und FDP

Beantwortung der Großen Anfrage

Koordination von Hilfsmaßnahme für Geflüchtete

Sehr geehrter Herr Vorsteher,
sehr geehrte Damen und Herren,

für das Bezirksamt beantworte ich die o.a. Große Anfrage der SPD wie folgt:

zu 1.:

Bereits am 01.03.2022 erfolgte eine interne Hausmitteilung an alle Mitarbeitenden im Bezirksamt mit der Bitte, ihrer entsprechenden Sprachkompetenzen zur Verfügung zu stellen. Hierauf haben sich einige Mitarbeitende gemeldet, deren Unterstützung kurzfristig abgerufen werden kann. Sofern bestehende Sprachmittlungsbedarfe nicht durch eigenes Personal oder bestehende Sprachmittlungsangebote (Integrationslots*innen etc.) gedeckt werden können, wird versucht, den Bedarf mittels freiwillig Engagierter aus der Zivilgesellschaft zu decken. Hier findet eine Vermittlung durch das Neuköllner Engagement Zentrum (NEZ) statt. Das NEZ hat hierzu bereits einen Aufruf gestartet.

Im Sozialamt sind schichtweise alle Mitarbeitenden mit Schreibberechtigung im Fachverfahren an der Gewährung der Leistungen gem. Asylbewerberleistungsgesetz beteiligt. Zusätzlich sind Unterstützungskräfte aus anderen Geschäftsbereichen tätig. In der besonders angefragten mehrsprachigen Beratung sind freiwillige Mitarbeitende des Bezirksamtes, zunehmend aber auch Bürgerinnen und Bürger eingesetzt. Weiterhin ist russisch- und ukrainischsprachiger Wachschatz für die von Ukrainern und Ukrainerinnen frequentierten Bereiche eingesetzt.

Im Gesundheitsamt mit seinen multiprofessionellen Teams gibt es verschiedensprachige Kolleg:innen. Darüber hinaus werden bei Bedarf Dolmetscherdienste und Sprachmittler in Anspruch genommen. Zudem kann auf das IKAT und eine Stadtteilmutter mit russisch-Kennt-

nissen zurückgegriffen werden. Zahlreiche Mitarbeitende können auf Englisch beraten. Weiterhin erfolgen Abfragen innerhalb der Fachbereiche, ob Personal bei der Sprachmittlung unterstützen kann.

Der Fachbereich Schule kümmert sich um die ankommenden Menschen aus der Ukraine im Rahmen der Versorgung mit Schulplätzen für die Schülerinnen und Schüler. Die Arbeitsgruppe der Schulorganisation kümmert sich im Grundschulbereich mittels Willkommensklassen oder auch durch die Aufnahme in Regelklassen um die Beschulung. Die Schülerinnen und Schüler im Oberschulbereich werden durch die regionale Außenstelle der Senatsbildungsverwaltung mit Plätzen in Willkommensklassen versorgt. Beratungen in mehreren Sprachen können nicht angeboten werden. In der Regel kümmern sich die Eltern bzw. Erziehungsberechtigten um entsprechende Unterstützungen aus dem privaten Bereich oder durch entsprechende Träger und Unterstützungsgruppierungen.

Die Vorbereitung im Amt für Weiterbildung und Kultur basiert auf zwei verschiedenen Aspekten:

- a) Wie kann gewährleistet werden, dass sich aus der Ukraine geflüchtete Menschen schnell am Kulturleben beteiligen können?
- b) Wie können die Dienstleistungen des Amtes für Weiterbildung und Kultur für Ukrainer*innen einfach zugänglich gemacht werden?

Hinsichtlich des ersten Aspekts wird bei den Tätigkeiten des Fachbereiches Kultur und Musikschule bei künftigen Veranstaltungen bereits jetzt überlegt, wie neu zugewanderte Kulturschaffende einbezogen werden können und wie diese Angebote insbesondere den Kindern Zugänge ermöglichen können, etwa bei Young Arts oder beim Musikschulunterricht. Die Senatsverwaltung für Kultur und Europa hat angekündigt, eine Aufstellung für die Bezirke zur Verfügung zu stellen, in denen alle für Ukrainer:innen kostenfrei zugänglichen Angebote aufgelistet werden. Gleichfalls ist ein Rundschreiben geplant, nachdem neuzugewanderte Ukrainer:innen nur einen ermäßigten Beitrag zum Musikschulunterricht leisten müssen.

Zur Umsetzung des zweiten Aspekts werden im Wesentlichen bestehende mehrsprachige Zugänge der Fachbereiche des Amtes für Weiterbildung und Kultur um die Sprache russisch und/oder ukrainisch ergänzt. Da es nicht ausreichend schon mehrsprachige Personen (Deutsch/Ukrainisch) gibt, muss noch als weitere Sprache neben Englisch auf Russisch ausgewichen werden. Die Deutschkursberatung der Volkshochschule wird neben den bereits vorgehaltenen Sprachgruppen Arabisch, Persisch, Türkisch noch um Russisch erweitert werden. Der Reader zum Abschluss eines Bibliotheksausweises wird um Ukrainisch erweitert.

Um die verschiedenen Leistungen für die erhöhte Anzahl an Menschen im Bezirk bewältigen zu können, wurden bereits zusätzliche Beschäftigungspositionen in den notwendigen Berufsgruppen beim Ukraine-Krisenstab beantragt.

zu 2.:

Zur Akquise auf Landesebene - dort werden derzeit alle Unterkünfte über 100 Plätze bearbeitet - können vom Bezirksamt keine Einschätzungen getroffen werden. Durch das Bezirksamt konnten Unterkünfte mit jeweils weniger als 100 Plätzen in einer Größenordnung von

über 300 Plätzen erhoben werden. Die entsprechenden Unterkunftsangebote wurden an das LAF gemeldet. Problematisch gestaltet sich weiterhin die Kommunikation zwischen Landesebene und Bezirken, da keine Rückmeldung dazu erfolgt, ob entsprechend gemeldete Unterkünfte auch vom Senat belegt werden. Die grundsätzliche Knappheit an geeignetem Wohnraum, der in Berlin seit vielen Jahren auch mangels hinreichendem Neubau an Wohnraum besteht, spitzt sich durch die aktuelle Lage erkennbar zu.

Daher hat das Bezirksamt nochmals darauf gedrängt, dass die Unterkunft Haarlemer Straße reaktiviert wird. Die Besichtigungen sind bereits erfolgt, 360 Personen können hier kurzfristig untergebracht werden. Darüber hinaus wurden die Räumlichkeiten der ehemaligen Carl-Legien-Schule geprüft mit dem Ergebnis, dass hier mittelfristig 300 bis 400 Menschen untergebracht werden können. Die Senatsbildungsverwaltung als Verfügungsberechtigte der Liegenschaft hat dem bereits zugestimmt.

zu 3.:

Aufgrund der Vielzahl an geflüchteten Menschen aus der Ukraine ist damit zu rechnen, dass sich darunter Menschen in prekärer gesundheitlicher Verfassung befinden. Menschen migrieren unter Mitnahme vorbestehender psychiatrischer Erkrankungen und erwerben ggf. auf der Flucht weitere Erkrankungen. Vorher bestehende Erkrankungen können sich verschlechtern und/oder erneut klinisch relevant auftreten. Dies kann ebenfalls durch den temporären Mangel an einer sonst regelhaft eingenommenen Medikation verursacht werden, u.a. ist hier die Substitution bei stoffgebundenen Abhängigkeiten als relevant zu erachten. Man muss demnach davon ausgehen, dass Menschen mit Suchterkrankungen und psychischen Erkrankungen, insbesondere auch Erkrankungen, welche aus Krieg und Flucht (Anpassungsstörungen, Posttraumatische Belastungsstörungen, akute Belastungsreaktionen) resultieren, unter den Geflüchteten sind. Ein genauer Bedarf ist in der jetzigen Situation nicht einzuschätzen. Eine strategisch geplante als auch umfassende Versorgung dieser Bedarfe ist durch den Sozialpsychiatrischen Dienst aus dem Bestand nicht gewährleistet.

Die Mitarbeitenden im Sozialpsychiatrischen Dienst sind für den Einsatz bei Großschadenseinsätzen strukturell nicht ausgerichtet. Eine Grundversorgung durch Beratung und punktuelle Krisenintervention der geflüchteten Menschen, bei der im Übrigen eine kompetente Sprachmittlung unabdingbar ist, und der damit entstehende Mehrbedarf soll durch die Beantragung zusätzlicher Beschäftigungspositionen erreicht werden.

Weiterhin ist aus dem Gesundheitsreport der WHO die Problematik der übertragbaren und nicht übertragbaren Erkrankungen ersichtlich. Eine weitere Problematik ergibt sich durch bestehende Impflücken. Ein genauer Bedarf ist in der jetzigen Situation nicht einzuschätzen.

Im Kinder- und Jugendpsychiatrischem Dienst (KJpD) wurde eine Arbeitsgruppe gebildet, die einen Überblick über die ankommenden psychosozialen Bedarfe und Informationen im Rahmen der sehr volatilen Gesamtsituation aufnimmt und ordnet. Aktuell sind zur Höhe der Bedarfe noch keine konkreten Aussagen zu machen. Es ist zweifelsfrei bekannt, dass u.a. das Miterleben eines Krieges und die damit verbundenen Bedrohungen und familiären Sorgen und Ängste, das fluchtartige Verlassen der Heimat und des gewohnten Lebensmittelpunkts, die Sorge um zurückgelassene Verwandte als auch die fehlenden Rückzugsräume nach Ankunft in Deutschland und die Unsicherheit bzgl. Sprache etc. eine sehr hohe emotionale Belastung für Kinder und Jugendliche darstellt, die sich akut oder auch mit Verzögerung (nicht

selten erst nach Erfüllung der Grundbedürfnisse wie Schlafen und Essen) zeigen kann. In Abhängigkeit der Erlebnisse der letzten Wochen als auch der persönlichen Vulnerabilität wird deshalb aus Sicht des KJpD ein sehr hoher psychosozialer Bedarf bestehen. Gerade die seelisch vorerkrankten jungen Ukrainer:innen werden hiervon betroffen sein. Zur Verhinderung von Entstehung und Chronifizierungen seelischer Problematiken sollten deshalb proaktiv die Geflüchteten-Unterkünfte und die geflüchteten Kinder und Jugendliche angesprochen werden und eine Bedarfsklärung erfolgen. Um diesen Bedarf hinreichend zu begegnen, sind Beschäftigungspositionen für Kinder- und Jugendpsychotherapeut:innen prognostiziert und beantragt worden.

Zudem steht der therapeutische Dienst bei Anfragen und diesbezüglichen Bedarfen zur Verfügung, in aller Regel sind die vom therapeutischen Dienst adressierten Bedarfe (Ergotherapie, Physiotherapie, Logopädie) nicht akut. Wobei bei längerfristigem bestehendem Aufenthalt von schwer mehrfach behinderten Kindern und Jugendlichen aus der Ukraine auch diesbezüglich der Bedarf für unter anderem Physiotherapie sicher auch gegeben sein wird und versorgt werden muss (z.B. zur Verhinderung von Versteifungen) und mittels Dolmetscher:innen auch vom therapeutischen Dienst adressiert werden kann.

Für den Kinder- und Jugendgesundheitsdienst sind vor allem Impfplücken bedeutsam, die es zu schließen gilt. Besonders im Hinblick auf die Masernimpfpflicht. Für akutmedizinische Fragen und die Erstversorgung von Kindern mit chronischen Erkrankungen steht der KJGD in den Sprechstunden zur Verfügung.

zu 4.:

Das mit 140 Akteuren aus der Zivilgesellschaft vernetzte Neuköllner EngagementZentrum (NEZ) hat auf seiner Homepage ein Portal eingestellt, auf dem sich Freiwillige unproblematisch registrieren können und dabei eigene Präferenzen über den gewünschten Einsatzbereich und einzubringende Kompetenzen wie relevante Vorerfahrungen, Fach- und Sprachkenntnisse angeben können. Über das Portal, zu dem auch die Bezirksamtsseite direkt verlinkt, haben sich bereits zahlreiche Ehrenamtliche angemeldet. Auch Organisationen und Vereine, die Bedarf an freiwilligen Unterstützer:innen haben, können sich direkt beim NEZ melden und ihre Bedarfe registrieren. Das NEZ sichtet sowohl die Bedarfe als auch die Kompetenzen der registrierten Ehrenamtlichen und vermittelt 1:1.

Das Bezirksamt selbst greift ebenfalls auf die Unterstützung durch Freiwillige zurück. Durch das NEZ konnten Ehrenamtliche mit ukrainischen und russischen Sprachkenntnissen gewonnen werden, die seit dem 17.03. zu den Sprechstundenzeiten der Abteilung Soziales vor Ort in der Donaustraße 89 die Geflüchteten begleiten. Auch in anderen Fachbereichen ist die Unterstützung durch Freiwillige angedacht, der Engagementbeauftragte des Bezirks wird die jeweiligen Fachstellen darin unterstützen, die notwendigen Gelingensstrukturen für die erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen Haupt- und Ehrenamt zu schaffen.

Das Bezirksamt weist im Internet gezielt auf Angebote in Neukölln hin: <https://www.berlin.de/ba-neukoelln/aktuelles/unterstuetzungsangebote-fuer-gefluechtete-menschen-aus-der-ukraine-und-moeglichkeiten-des-engagements-in-neukoelln-1181484.php>.

Das Land Berlin hat auf seiner zentralen Homepage zur Unterstützung von Geflüchteten aus der Ukraine zudem eine komplette Unterseite zum Thema Engagement und Unterstützungsangebote bereitgestellt: <https://www.berlin.de/ukraine/helfen/>.

Erlauben Sie mir abschließend unabhängig von den Fragestellungen eine persönliche Bemerkung. Sie werden mit mir übereinstimmen, dass die furchtbaren Ereignisse in der Ukraine erschüttern. Die große Hilfsbereitschaft und Solidarität in unserer Stadt zeigt, dass wir mit den Menschen leiden, die von den zerstörerischen Angriffen betroffen sind und deren Leben bedroht sind. Die schrecklichen Bilder aus der Ukraine und das Leid und der Schmerz der Ukrainer:innen gehen uns allen sehr nah. Wir spüren die Auswirkungen dieses unsäglichen Krieges mitten in Europa auch ganz unmittelbar hier in Berlin.

Wenn die Geflüchteten in Berlin ankommen, erstversorgt und untergebracht werden müssen, bedeutet das, dass Menschen dahinterstehen. Menschen, die diese Aufgaben wahrnehmen, koordinieren und sich engagieren. Die Neuköllner Bezirksverwaltung genauso wie die gesamte Berliner Verwaltung ist vor die schwere Arbeit gestellt, den Dienstbetrieb trotz der nach wie vor bestehenden Pandemie aufrechtzuerhalten und darüber hinaus weitere Aufgaben zur Bewältigung der Flüchtlingswelle zu übernehmen.

Berlins Verwaltung, die Berliner Hilfsorganisationen und die vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer haben in den letzten Wochen Großartiges geleistet, um den ukrainischen Kriegsflüchtlingen hier vor Ort zu helfen. Berlin erlebt derzeit eine großartige Welle der Unterstützung und Hilfsbereitschaft. Die Störung der Friedensordnung in Europa, die für uns alle vor dem 24. Februar noch unvorstellbar war, schweißt die Menschen zusammen.

Aber wir wissen auch, dass dies erst der Anfang war. Die Menschen aus der Ukraine werden weiterhin zu uns kommen und weiterhin auf unsere Hilfe angewiesen sein. Es wird sicherlich kein leichtes Unterfangen sein und größtmögliche Anstrengungen sowohl seitens der staatlichen Organisationen als auch seitens der Zivilgesellschaft erfordern. Ich bin aber auch zuversichtlich, dass wir weiter den Schulterschluss zeigen und uns den Herausforderungen stellen werden. Lassen Sie mich an dieser Stelle allen danken, die mithelfen und sich solidarisch mit den Menschen in und aus der Ukraine zeigen.

Es gilt das gesprochene Wort

Martin Hikel
Bezirksbürgermeister